



Stonehenge nach  
Herne geholt

Neue Schau im Museum  
für Archäologie Kultur

Die Liebe  
im reifen Alter

Margot Käßmann genießt ihr  
spätes Glück Leute



HEUTE

in Ihrer Zeitung

Heute



18°

Morgen



20° 9°

Fontänen oder Feuerwerke sind nicht zu erwarten – hier fällt nur Herbstlaub in den Garten.

ESSEN

Nötigung? Streit  
bei EBB eskaliert

Vorwürfe gegen Spitze  
nicht ohne Folgen

Lokalseite 1

Solingen: Verminderte  
Schuldfähigkeit?

Wuppertal. Im Prozess um die Solinger Kindermorde hat der von den Verteidigern bestellte psychiatrische Gutachter der Angeklagten verminderte Schuldfähigkeit bescheinigt. Sie leide an einer krankhaften seelischen Störung, sagte Psychiater Thomas Schwarz am Montag in Wuppertal. Die Mutter ist wegen fünffachen Mordes angeklagt. Bericht Rhein-Ruhr

Streit um Maske:  
Kassierer erschossen

Idar-Oberstein. Weil ein Tankstellen-Kassierer einem Kunden ohne Corona-Schutzmaske kein Bier verkaufen wollte, hat ein Mann in Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz) den 20-jährigen erschossen. Gegen den 49-jährigen Verdächtigen, der den gezielten Schuss in den Kopf des Kassierers gestanden hat, erging Haftbefehl wegen Mordes.

Enkeltrick 2.0:  
Betrug per WhatsApp

Berlin. Die Polizei warnt vor einer neuen Variante der seit Jahren bekannten Enkeltrick-Masche, bei der gutgläubige Opfer von Kriminellen oft um hohe Geldsummen oder teure Wertgegenstände gebracht werden: Die Täter nehmen über Nachrichtendienste wie WhatsApp Kontakt zu älteren Menschen auf. Bericht Verbraucher

BÖRSE

Dax	15.132	(15.490; 17.09.)
Tec Dax	3828	(3883; 17.09.)
Dow Jones	33.882	(34.585; 17.09.)
Euro	1,1711	(1,1780; 17.09.)

LESERSERVICE

0800 6060710  
(kostenlose Servicenummer)



Lava-Fontänen  
auf La Palma

Tausende nach Vulkanausbruch  
auf der Kanaren-Urlauberinsel  
in Sicherheit gebracht

Bericht Panorama

2G: Druck auf NRW-Regierung steigt

Forderungen nehmen zu. Arbeitgeber und Gewerkschaften mahnen zur Vorsicht

Düsseldorf. Der Ruf nach einer „2G-Regel“ im Kampf gegen das Coronavirus, also nach einem Zutritt zu Veranstaltungen, Gastronomie oder sogar zum Arbeitsplatz nur für Geimpfte und Genesene, wird auch in NRW lauter. Nachdem sich Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) für ein bundesweit einheitliches „2G-Optionsmodell“ ausgesprochen hat, bei dem Veranstalter den Zutritt freiwillig auf Geimpfte und Genesene beschränken können, steigt der Druck auf die Landesregierung deutlich. Zumal inzwischen mehrere Bundesländer in unterschiedlicher Form mit „2G“ experimentieren.

„Wir müssen zu einem einheitlichen System für die Gastro- und Veranstaltungsbranche kommen. Wenn wir die 2G-Regel landesweit zum Standard machen, würde das den Infektionsschutz in Innenräumen nachweisbar erhöhen und Betreibern Planungssicherheit geben“, sagte NRW-Grünen-Chef Fe-

lix Banaszak dieser Redaktion. Es müsse aber Ausnahmen geben für Kinder unter zwölf Jahren und Menschen, die sich nicht impfen lassen können.

„Wenn wir weitere Freiheiten ermöglichen möchten, dann müssen wir über 2G nachdenken“, sagte Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetags NRW, dieser Zeitung. „Warum soll es nicht möglich sein, etwa in einem Theater nur Geimpfte und Genesene einzulassen? So können alle Sitzplätze belegt wer-

den und die Gäste sich ohne Maske in den Räumen aufhalten. Wir brauchen auch in NRW eine 2G-Regelung“, so Dedy.

Rechtlich wären strengere Zutrittsregeln wohl kein Problem, meint der Bochumer Grundrechtsexperte Prof. Stefan Huster. „Wer sich nicht gegen Corona impfen lassen will, muss Nachteile durch die 2G-Regel in Kauf nehmen“, sagt Huster. Die Landesregierung könne „2G“ landesweit erlassen, wenn sie zugleich deutlich mache, dass da-

durch das Infektionsrisiko bei Veranstaltungen und in Betrieben gemindert werde.

Zu Vorsicht in dieser Frage mahnen sowohl Arbeitgeber als auch der Deutsche Gewerkschaftsbund in NRW. Solange keine Überlastung des Gesundheitssystems drohe, seien keine neuen Einschränkungen angezeigt, so Johannes Pöttering, Geschäftsführer der NRW-Unternehmerverbände. DGB-NRW-Chefin Anja Weber lehnt einen Zwang zu „2G“ am Arbeitsplatz ab.

Die NRW-Landesregierung zögert weiter mit der Einführung von „2G“. Das Gesundheitsministerium erklärt, dass Kommunen heute schon in Absprache mit der Regierung strengere Regeln erlassen könnten. Die Regierung lässt aber eine Tür zu „2G“ offen: Sollte im Herbst die „Pandemie der Ungeimpften“ kommen, könnten für diese Menschen „neue Schutzmaßnahmen“ erforderlich werden. cho/mk/mko Bericht Rhein-Ruhr

Inzidenz bei 73

Die Inzidenz in NRW ist abermals leicht gesunken. Wie aus Zahlen des Robert Koch-Instituts am Montag hervorgeht, gab es binnen sieben Tagen 73,0 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner. Einen Tag zuvor hatte der Wert 73,6 betragen und eine Wo-

che zuvor 99,3. Neue Zahlen über die Situation in den Kliniken lagen nicht vor. Mit Stand Freitag wurden 1314 Patienten behandelt (Vortag: 1355), 430 davon intensiv (424). 277 mussten beatmet werden (264). 473 Intensivbetten waren verfügbar (-9).

Geldwäsche:  
Scholz weist  
Vorwürfe zurück

Berlin. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat nach seiner Anhörung im Bundestags-Finanzausschuss Fortschritte bei der Bekämpfung der Geldwäsche hervorgehoben. Es sei gelungen, bei der Geldwäsche-Spezialeinheit FIU in kurzer Zeit das Personal massiv aufzustocken, eine moderne IT-Infrastruktur aufzubauen und gesetzliche Rahmenbedingungen zu verbessern, sagte Scholz am Montag. In der Sitzung ging es um die Ermittlungen gegen FIU-Mitarbeitende wegen Versäumnissen bei der Geldwäsche-Bekämpfung. In diesem Zusammenhang war auch das Bundesfinanzministerium durchsucht worden, dessen Geschäftsbereich die FIU zugeordnet ist. Gegen Finanzminister Scholz gibt es Vorwürfe aus der Opposition, aber auch aus CDU und CSU, die Geldwäsche-Bekämpfung vernachlässigt zu haben. Dies wies der Minister am Montag erneut zurück. Bericht Tagesthema

Mietpreis-Anstieg  
schwächt sich ab

Berlin. Die Mieten in Deutschland sind im ersten Halbjahr 2021 weniger stark gestiegen als zuletzt. Das ist das Ergebnis des Wohn-Preisspiegels des Immobilienverbandes Deutschland unter 400 Städten und Gemeinden. Demnach schwächte sich die Steigerung für Wohnungen im Bestand um 0,1 Prozent ab und betrug für eine Wohnung mittleren Wohnwerts nun 2,7 Prozent. Im Neubau stiegen die Mietpreise um 3,2 Prozent so stark wie im Vorjahr. Während sich in den Metropolen die Steigerung mit einem Plus von 2,1 Prozent im Bestand abschwächte (2020: 2,9%), zogen die Mieten in den Mittelstädten bis 100.000 Einwohner um 4,1 Prozent (3,4%) sowie in Kleinstädten (bis 20.000 Einwohner) um 5,1 Prozent (3,1%) an. Komm. Politik/Bericht Wirtschaft

Kreml-Partei siegt  
bei der Duma-Wahl

EU und Bundesregierung kritisieren Ablauf

Moskau. Die Regierungspartei von Präsident Wladimir Putin hat bei der von Betrugsvorwürfen überschatteten Parlamentswahl in Russland nach Angaben der Behörden erwartungsgemäß den Sieg davongetragen. Die Partei teilte am Montag überdies mit, sie habe auch die für Verfassungsänderungen wichtige Zweidrittel-Mehrheit verteidigt. Heftige Kritik am Ablauf der Wahl kam aus Brüssel und Berlin: Die EU kritisierte Einschüchterungsversuche gegen die Opposition, die Bundesregierung zeigte sich besorgt über Vorwürfe der Wahlfälschung. Der Generalsekretär von Gein-

tes Russland, Andrej Turtshak, sagte, seine Partei habe mindestens 315 der 450 Sitze gewonnen. Turtshak zufolge gewann sie 195 der 225 zur Wahl stehenden Direktmandate sowie 120 Sitze über die Parteiliste. Nach Auszählung von 95 Prozent der Stimmen kam die Kreml-Partei nach Angaben der Wahlbehörden auf 49,6 Prozent. Das waren weniger als bei der Wahl 2016, bei der Geeintes Russland noch 54,2 Prozent erreicht hatte. Anhänger der Opposition zeigten sich entsetzt vom Ausgang und sprachen von Wahlen, die den Menschen gestohlen worden seien. Bericht Politik

Anzeige

Landurlaub in Deutschland



20 €  
Rabatt für  
Abonnenten

Kurzurlaub für 2 Personen mit  
2 Übernachtungen im Doppelzimmer

Inkl. Frühstücksbuffets, Wertgutschein für weitere  
Hotelleistungen, Hotel und Termin zur freien Auswahl,  
kostenloser Buchungsservice u. v. m.



Erhältlich online: waz.de/shop oder telefonisch: 0800/6060710\*